

49/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Schönsteiner, Dr. Resch und Genossen an den Herrn Staatskanzler, betreffend die Vorgänge bei der Wahl in die Gehilfenvertretung der Gastwirtegenossenschaft am 17. März 1919.

Bei der Wahl in die Gehilfenvertretung der Gastwirtegenossenschaft am 17. März 1919 haben sich Vorgänge abgespielt, welche eine geregelte und freie Abstimmung seitens aller wahlwerbenden Parteien unmöglich machten.

Agitatoren der sozialdemokratischen Partei sperren den Zugang zum Wahllokal, welches sich in der Lerchenfelderstraße 14 befand, dadurch ab, daß sie die Straßenzüge von der Laftenstraße bis zur Neubaugasse blockierten. In diesem Rayon wurden die Wähler und Wählerinnen zum Vorweise der Stimmzettel angehalten, christlichsoziale Stimmzettel wurden kurzerhand gegen sozialdemokratische ausgetauscht.

Wenn es aber trotzdem einzelnen Wählern gelang, bis zum Wahllokal durchzudringen, wurden sie beim Eingang abermals von Agitatoren empfangen, einige sogar tödlich insultiert, angespuckt und bedroht.

Aber auch im Wahllokal selbst wurden solche terroristische Akte ausgeführt und Wählern, die schon vor ihren Sektionen standen, Stimmzettel umgetauscht. Als der christlichsoziale Vorsitzende gegen diese Beeinflussung protestierte und die Wahl abzubrechen erklärte, stießen die im Saale anwesenden Gegner gegen ihn Drohungen aus.

Die Zeugen für alle diese bedauerlichen Vorkommnisse sind in dem von der christlichsozialen Partei eingebrachten Wahlprotest namhaft gemacht.

Begreiflicherweise haben es angesichts dieser Vorkommnisse zahlreiche Wähler vorgezogen, sich an der Wahl nicht zu beteiligen, was schon daraus hervorgeht, daß von 12.400 Wahlberechtigten nur 3665 ihr Wahlrecht ausübten.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Staatskanzler als Staatssekretär des Innern die Anfragen:

„1. Ist der Herr Staatskanzler geneigt, den von christlichsozialer Seite eingebrachten Wahlprotest gegen die am 17. März 1919 durchgeführten Wahlen in die Gehilfenvertretung der Gastwirtegenossenschaft einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls die Wahl zu annullieren?“

2. Ist der Herr Staatskanzler weiters bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft die Wahlfreiheit in der Republik bei allen Wahlen nachdrücklichst, im vollen Umfange und für jede wahlwerbende Partei gewahrt werde?“

Wien, 24. April 1919.

Dr. Gürtler.
Dr. Burjan.

Dr. Simpl.
Paulitsch.

Seipel.
Johann Gürtler.
Hauers.

Schönsteiner.
Dr. Resch.
Dr. Niguer.